



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/XI/239 - 16. Oktober 1956

Einweise  
auf der Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 0 886 800

Zum Wechsel im Verteidigungsministerium	S. 1
Zeitungswechsel in Schweden	S. 3
Zerfall des BHE in Schleswig-Holstein	S. 4
Verändertes Deutschlandbild in Warschau?	S. 5

## Blank - Tragik und Schuld

sp. Die markanteste, gleichzeitig aber am wenigsten überraschende Veränderung bei der Kabinettsumbildung ist der Wechsel von Blank zu Strauss. Es gibt Stimmen, die betonen, wieviel Tragik darin für den scheidenden Minister liegt, der, wie kaum ein anderer, an den Lippen seines obersten politischen Chefs, Adenauer, hing und der für diese fast schon unterwürfige Gefolgschaftstreue den Dank des schlichten Abschieds erhielt.

Aber diesen Vorgang ist mehr Schuld beigemischt als gemeinhin mit dem Begriff des Tragischen verbunden ist. Und dieser Schuldanteil darf bei der Bewertung des Mannes nicht vergessen werden, den fünf Jahre einer gewisse unerhört aufreibenden Arbeit zunächst einmal weitgehend verbraucht haben.

Dem scheidenden Minister war seit langem bekannt, dass die Zustände beim Aufbau der Bundeswehr unerträglich und unmöglich waren. Einige der zuständigen Herren in seinem Ministerium haben z.B. Blank frühzeitig darauf hingewiesen, dass die von ihm im Auftrage des Kanzlers gestellten Termine nicht einzuhalten seien. Sie haben ihm das an Hand von genau belegten Unterlagen und Einzelheiten aus der Praxis nachgewiesen. Sie stiessen damit aber nur auf Unglauben und Ablehnung, ihre Vorhaltungen wurden mit einer Handbewegung beiseite geschoben oder einfach nicht zur Kenntnis genommen. Diese Keigung ist bei Blank immer schlimmer geworden. Sie wuchs in dem Maße, in dem sein Ansehen in seinem eigenen Weisungsbereich und in der Öffentlichkeit litt. Die einzige Reaktion bei ihm war das Bemühen, sich noch vorbehaltloser den politischen Wünschen

Adenauers zu fügen. So ist Blank unter anderem auch frühzeitig darauf aufmerksam gemacht worden, dass es unmöglich sei, 96 000 Mann bis Ende des Jahres zusammenzubekommen und sie gleichzeitig auch nur einigermaßen zufriedenstellend mit den für die erste Ausbildung notwendigsten Waffen, mit den dringendsten Bekleidungsstücken auszustatten und sie ordentlich unterzubringen. Auch das hat er in der Wind geschlagen.

Vor allem aus diesen zuletzt angeführten Mißständen entstand ein gross Teil der Unruhe in der Bevölkerung, die sich inzwischen zu einer offenen Vertrauenskrise entwickelt hat, denn niemand wird es verstehen oder gar billigen, dass Soldaten eingezogen werden, ob nun Freiwillige oder Wehrpflichtige, ohne dass die materiellen Voraussetzungen dafür geschaffen wurden. Mit dieser Fehlentwicklung sind aber vor allem auch alle jene Bemühungen schwer diskreditiert worden, die darauf ausgingen, in der Bewertung des Soldaten als eines Staatsbürgers in Uniform eine Wandlung gegenüber früher eintreten zu lassen. Denn diese Soldaten mussten den Eindruck gewinnen: "mit uns kann man es ja machen". Gleichzeitig war in der Bundeswehr selbst wie in der Bevölkerung immer häufiger die Ansicht zu hören: wenn solche offenkundige Desorganisation schon jetzt bei der Aufstellung der ersten Einheiten in Frieden und bei Vorhandensein aller materiellen Möglichkeiten herrscht - wie will diese Führung eigentlich mit den Dingen fertig werden, wenn es einmal ernst werden sollte? Denn nach der geltenden Verfassung (GG, Art. 65a) ist der Verteidigungsminister gleichzeitig der Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt, was dem früheren Begriff des militärischen Oberbefehlshabers entspricht.

Lang bevor sich der Kanzler entschloss, Blank zu ersetzen, war man sich in allen unterrichteten Kreisen darüber klar, dass die Auswahl dieses Mannes für diesen Posten ein Mißgriff war. Das Amt war mit das schwierigste in der Regierung überhaupt. Politisch musste die Bundeswehr, wenn man es schon für notwendig hielt, sie zu schaffen, gegen den Widerstand einer starken, sehr überzeugend argumentierenden Opposition aufgebaut werden. Militärisch war es ein ganz neuer Anfang auf dem schwankenden Boden des vollkommen erschütterten Vertrauens in die Führung des bis dahin stärksten Militärstaates - ständig beobachtet von den kritischen Blicken des Auslandes. Für diese Aufgabe hat Blank bei aller sich aufopfernden aber auch ziellosen und hektischen Betriebsamkeit nie ausgereicht. Selbst im Kreise seiner eigenen Partei setzte sich diese Meinung mehr und mehr durch. Aber auch dort liess man die Dinge laufen, wie Adenauer es wollte.

Ob Strauss mit der gleichen Aufgabe besser fertig werden wird, bleibt abzuwarten. Er ist ein energischer, noch junger und unverbrauchter Mann, das Wort "dynamisch" steht oft neben seinem Namen. Er gilt auch vielfach als geistig beweglicher und einige der "Reformer" im Verteidigungsministerium erwarten von ihm mehr Verständnis für ihre Gedanken, als sein Vorgänger es besass. Gerade weil er aber ein Mann von Temperament ist, wäre es sicher gut, wenn er aus den Erfahrungen der letzten Jahre den Schluss ziehen würde, dass gerade auf diesem schwierigen Feld jede Überstürzung von Übel ist und es besonders zweckmässig wäre, zu wägen, ehe man wagt.

Gewerkschaften - Nachfolger des Kreuger-Zeitungs-Konzerns

M.G., Stockholm

Sensationelles Aufsehen erregte die Bekanntgabe des Verkaufs von "Stockholm-Tidningen" und "Aften-Tidningen", zwei der grössten schwedischen Zeitungen, durch Torsten Kreuger an die Gewerkschaften. Die Verkaufsabsichten Torsten Kreugers waren schon vor einiger Zeit durchgesickert. Verhandlungen mit führenden konservativen Zeitungen und auch mit dem schwedischen Bauernverband hatten zu keinem Ergebnis geführt. Nicht zuletzt wegen der relativ hohen Kaufsumme von mehr als 20 Mio sKr. Gehen die weiteren Verhandlungen ohne Stockungen vor sich, ist mit der Übernahme bis spätestens 1. Januar 1957 zu rechnen.

Die Gewerkschaften wollen im grossem und ganzen beide Zeitungen wie bisher weiterführen. Nur der Chef und der politische Redakteur sollen ausscheiden. Als erster legte der Verband der Journalisten Protest gegen den Verkauf ein, der Vereinigung ist es dabei aber mehr um die Interessen der angeschlossenem Mitglieder zu tun, die ihr bei dem Übergang von der einen zu einer entgegengesetzten politischen Richtung nicht gesichert erscheinen. Während "Stockholms-Tidningen" als Sprachrohr der schwedischen Liberalen galt, war "Aften-Bladet" eine der grossen Sensationszeitungen, allerdings mit einem liberalen Panier.

Torsten Kreuger, ein Bruder des auf mystische Weise aus dem Leben geschiedenen Zündholzkönigs Ivar Kreuger, führt mehrere Gründe an, die ihn zum Verkauf der Zeitungen bewogen. Da ist zuerst sein hohes Alter, daneben aber auch die hohen Verluste der "St-T", die mit 3-4 Mio sKr. angegeben werden.

Die Pläne der Gewerkschaften laufen dahin, dass "MT" (Morgontidningen) das Zentralorgan der schwedischen Arbeiterbewegung, ebenfalls in Vorlag und Druckerei des ehem. Kreugerkonzerns übersteden sollen, dann würden drei der massgebenden Zeitungen des Landes unter einem Dache vereint. Die Abendausgabe der "MT" ("Aften-Tidningen") soll dann ihr Erscheinen einstellen. Die verbleibenden drei Zeitungen sollen soweit wie möglich rationalisiert werden. Neue Maschinen im Werte von mehreren Millionen sind bereits angekauft. In einem Lande wie Schweden, wo auf 1000 Einwohner 490 Zeitungsleser kommen, ist dieser Vorgang mehr als nur ein Besitzübergang. Zeitungen, Zeitschriften und Bücher gehen immer mehr in den Besitz zweier grosser Gruppen über. Da ist auf der bürgerlichen Seite

das riesige Unternehmen des Verlagshauses Borner mit seinen vielen Zeitschriften und Buchserien, dem die Organisationen der Arbeiterbewegung, Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften gegenüberstehen.

Selbstverständlich hat der Verkauf innerhalb des Personals der betroffenen Blätter, die völlig überrascht wurden, zu einer gewissen Unruhe geführt. Der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes, Axel Strand, der in Kürze wegen Erreichung der Altersgrenze ausscheidet, hat bereits erklärt, dass für die weitere Beschäftigung des Personals keinerlei Grund zur Unruhe gegeben sei, da in den übrigen Druckunternehmungen der Gewerkschaften eventuell überflüssiges Personal ohne Schwierigkeiten untergebracht werden könne. So wenden sich die scharfen Angriffe in erster Linie gegen Forsten Kreuger selbst, der zwar ein sozialer Arbeitgeber, doch niemals gewillt war, den gesetzlichen Bedingungen um Mitberatung der Angestellten Rechnung zu tragen. Mit ihm scheidet der letzte patriarchalische Arbeitgeber aus dem Zeitungsgewerbe aus.

Es ist nicht ohne Reiz für alle Beteiligten, dass die ersten Verhandlungen, die nun zum Verkaufsabschluss führten, von Kreugers altem Gegner und einem der noch Lebenden der alten Garde der Arbeiterbewegung, Göta Höglund, eingeleitet wurden. Der Abgang der Alten wird begleitet von einem mächtigen Wind im Blätterwald und starken Worten im Radio. Schweden, das am meisten amerikanisierte Land Europas, versucht auch im Zeitungswesen neue Wege.

\* \* \*

#### Nun ohne Landesvorstand

mu, Kiel

Der Landesvorstand des schleswig-holsteinischen BHE besteht nicht mehr. Vier der fünf Vorstandsmitglieder haben aus Protest gegen die Personalpolitik und Parteipolitik des Landesvorsitzenden, Sozialminister Asbach, ihre Ämter niedergelegt. Es waren der BHE-Bundestagsabgeordnete Dr. Gille, sowie die Landtagsabgeordneten Dr. Beer, Schlahta und Dr. Kieckbusch, wobei der letztere zugleich Fraktionsvorsitzender der die Kieler Regierung stützenden zehnköpfigen BHE-Fraktion ist. Die Mehrheit der Landtagsfraktion hat die Amtsniederlegung der vier Politiker gebilligt und sich damit gegen Asbach gestellt.

In einer Reihe parteiinterner Sitzungen ist versucht worden, die tiefgreifenden Spannungen zu beseitigen und den Zerfall des BHE - 5 -

aufzuhalten. Das ist bisher nicht gelungen. Der BHE-Bundesvorstand hat sich dazu ebenfalls ausserstande gesehen, so dass nunmehr Ende des Monats während eines ausserordentlichen Landesparteitages versucht werden soll, einen neuen aktionsfähigen Landesvorstand zu bilden.

Es ist interessant, zu wissen, auf welche Kräfte Asbach sich dabei stützen wird. Asbach selbst ist ein Mann des weit rechts stehenden Flügels seiner Partei. Die Krise entthronte um seinen Landesgeschäftsführer Guthjahr, ebenfalls ein Mann mit NS-Vergangenheit. Asbach selbst stützt sich auf die Mehrzahl seiner 22 Kreisvorsitzenden, die bei diesem Parteitag stimmberechtigt sein werden. Zwölf der Kreisvorsitzenden sollen ehemalige SS-Männer gewesen sein. Es fand sich bisher jedenfalls niemand, das zu dementieren. Bisher hat es auch die BHE-Opposition unter Dr. Kieckbasch nicht durchsetzen können, dass Guthjahr entlassen wird.

Asbach wird den "Rebellen" zweifellos versprochen, dass sie zu stark mit der Kieler-Regierungskoalition harmonieren. Vielleicht weiss er bereits, dass einige Abgeordnete Gespräche mit der CDU und FDP zwecks späteren Übertritt geführt haben. Die CDU möchte zu diesem Zeitpunkt noch keine BHE-Abgeordnete übernehmen, um nicht wieder einmal als der "giltzu freundliche Unklammerer der kleinen Koalitionsparteien" dazustehen. Wenn es jedoch Asbach gelingt, fünf der zehn BHE-Abgeordneten nach "rechts" aus der Kieler CDU/BHE/FDP/Koalition herauszuziehen, ist deren Mehrheit dahin und das Kabinett v. Hassel (CDU) gefährdet.

\* \* \*

#### Die Gestapo war nicht das deutsche Volk

ler. Erstaunliche und erfreuliche Dinge geschehen in diesen Tagen in Polen. Im Zuge der Entstalinisierung bricht sich nicht nur das dem Menschen angeborne Streben nach mehr Freiheit elementar Bahn, der lang unterdrückte Drang nach Wahrheit und Erkenntnis reißt auch mit Vorstellungen und Vorbehalten auf, die das Geschichtsbild Nachkriegspolens bestärkten. Stimmen werden laut, die noch vor wenigen Monaten undenkbar und unhörbar waren, Wahrheiten ausgesprochen, welche den, der sie sagte, noch vor Jahresfrist in schwere Bedrängnis gebracht hätten, Tatsachen verkündet und diskutiert, über die der offizielle Bann des Schweigens lag. Der sich vor unseren Augen vollziehende Wandel in Polen berührt nicht <sup>nur</sup> die innere Ordnung des Landes, er betrifft auch in hoher Masse

das Verhältnis des polnischen Volkes zur Aussenwelt.

Eine Stimme, wie die der Warschauer Zeitung "Zycie Warszawy" lässt Bedeutendes für die Zukunft hoffen. Sie schrieb, es sei heute schwierig, die Bundesrepublik als ein Land zu betrachten, das sich nur mit Problemen des Hasses und der "Rache" beschäftigt. In jeder Nation gäbe es Kräfte, "die anders sind als die, die wir in unserem Land kennenlernten." Die Zeitung befürwortet Unterhaltungen und Treffen mit Menschen aus der Bundesrepublik, weil sie dazu beitragen, schematische Vorstellungen zu revidieren. Das sind, gesehen vor dem Hintergrund all dessen, was an Furchtbarem während des Dritten Reiches von Deutschen an Polen geschah, geradezu revolutionäre Einsichten.

Gestapo und SS hinterliessen gerade bei unserem östlichen Nachbarn unauslöschliche Spuren, und daran sich stets zu erinnern, gesieht dem demokratischen Deutschland, dessen grosse Aufgabe es ja ist, die Schrecken der Vergangenheit nicht wiederkehren zu lassen. Lange huldigten die Polen der These von der deutschen Kollektivschuld, in ihren Zeichen erfolgten die Ausreibungen von vielen Millionen Deutschen, die neue Meere von Leid und Blut, von Schmerz und Tränen zwischen beiden Völkern schufen. Dass es im Dritten Reich einen 20. Juli gab, dass das demokratische Deutschland als erstes Opfer Hitlers Vernichtungswahn zu spüren bekam, dass Zehntausende Blutzugeen von der Rettung eines anderen, besseren, den Freiheitlichen und Humanen zugewandten Deutschland verbrüderten, blieb viele Jahre nach dem Zusammenbruch den Polen ebenso verborgen, wie die Anstrengungen aller demokratischen Parteien der Bundesrepublik, in dem freien Teil des Landes eine demokratisch-freiheitliche Staatsordnung aufzurichten und zu sichern.

Für die polnischen Kommunisten stalinistischer Prägung war die Bundesrepublik ein Tummelplatz nationalistischer und militaristischer Elemente - sie brauchte dieses Bild, um die Unfreiheit zu rechtfertigen, in die sie das polnische Volk gestürzt hatten. Der Wirklichkeit hält dieses propagandistisch gefärbte Bild nicht stand. Die Wahrheit beginnt durchzusickern, dass die Übergrosse Mehrheit des deutschen Volkes nach den Katastrophen zweier Weltkriege kein grösseres Begehren hat als mit allen seinen Nachbarn in Frieden zu leben. Auch und gerade mit dem polnischen Volk, das auf seinem Leidenswege zur Wiedergewinnung seiner verlorenen Freiheit den Alpdruck einer deutschen Revancheabschütteln muss. Das Warschauer Blatt hatte den Mut, den Polen ein anderes, wirklichkeitsgetreues Deutschlandbild zu vermitteln - hier öffnete sich ein Weg, der geeignet ist, beide Völker aus Zwangsvorstellungen herauszuführen, die bisher ihr Verhalten in der Nachkriegszeit kennzeichneten.

\* \* \*

Verantwortlich: Peter Raunau